

Juso gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Am Montag reichte die JUSO Schwyz ihre Petition gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein.

Mitg. In der Petition fordern die Jungsozialisten von der Regierung entschlossene Massnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Mit der Einreichung ihrer Petition mache die JUSO Schwyz auf den besorgniserregenden Rechtsrutsch im Kanton Schwyz aufmerksam, heisst es in einer Mitteilung.

Unter dem Deckmantel der «Meinungsfreiheit» würden rassistische und faschistische Ideologien zunehmend salonfähig gemacht, schreiben die Jungsozialisten. Besonders im Kanton Schwyz zeige sich diese Entwicklung deutlich. Seit der Bekanntgabe des geplanten Asylzentrums in Buosingen (Gemeinde Arth) spitzten sich die rassistischen Begrifflichkeiten und Parolen, in erster Linie vonseiten der SVP, zu. Menschenfeindliche, aus rechtspopulistischen Kreisen stammende Forderungen wie «Remigration» würden immer öfter an Kundgebungen, politischen An-

lässen und von Mitgliedern der SVP gefordert.

Die rechtsextreme Gruppierung «Junge Tat» halte sich ebenfalls an diesen Veranstaltungen auf. Gleichzeitig verharmlosten bürgerlich-konservative Kräfte diese Entwicklungen und böten rechtsextremen Strömungen eine Plattform. Für die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist klar, der zunehmende Rechtsruck und die Verbreitung menschenfeindlicher Ideologien sowie die Normalisierung rassistischer Begriffe seien höchst alarmierend und dürften nicht weiter toleriert werden. Die JUSO Schwyz fordert einen umfassenden Massnahmenplan zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus. Dazu werde ein Bildungsprogramm benötigt, um Bildung und Bewusstsein über Rassismus, Vorurteile und die Geschichte von Diskriminierung zu schaffen. Zudem brauche es Unterstützung für Opfer von rassistischer und rechtsextremer Gewalt und die nötigen Anlaufstellen. Programme und Initiativen sollten die Vielfalt fördern und die Integration von Minderheiten erleichtern, so Petra Schelbert, Präsidentin der JUSO Schwyz.



Arjin Özalp (Mitte) und Petra Schelbert übergeben die Juso-Petition an Staatsschreiber Mathias E. Brun (links). Foto: zvg